

Der Mahnruf

Im Abonnement 12 Groschen.

Kampfbblatt der Werktätigen

Im Straßenverkauf 15 Groschen.

Erscheint wöchentlich

Vierteljahrsabonnement 3 1'40

Erscheint wöchentlich

Redaktion Graz, Elisabethergasse 20. Sprechstunden: Von 10-12 und 5-6 täglich an Wochentagen.
Redaktion Wien, VIII., Bincengasse 21. — Sprechstunden: Donnerstags und Freitag 9-12, Wien, II., Am Labor 18, Gasthaus Giebert.

Nummer 45

Graz—Wien, Oktober 1928

2. Jahrgang

Am 12. November 1928

10 Uhr vormittags

Revolutions-Rundgebung

und Rundgebung für die Freilassung unserer Inhaftierten

in den Sandwirtsfällen, Oriesgasse.

Ref. Gen. Pfeißl.

Regiebeitrag zur Deckung der Saalkosten und für die Inhaftierten 20 Grosch., Arbeitslohn 10 Grosch.

Kommun. Opposition.

Banzettis Unschuld bestätigt.

Eine amerikanische Zeitung veröffentlichte die Aussagen eines Zuchthäuslers, der den Mord an Frank Silar, dessen Banzetti beschuldigt war, eingestand. Außerdem hat sich ein Wirt gemeldet, bei dem dieser Zuchthäusler den Mordplan gegen Frank besprach. Das Blatt erklärt, Gouverneur Fuller habe vor der Hinrichtung davon gewußt, diese aber trotzdem vollzogen.

Sowjetrußland soll kapitalisieren.

Unter diesem Titel deckt unser deutsches Bruderblatt, der „Volkswille“, die neueste Schlinge auf, die das internationale Finanzkapital zur stillen Eroberung Sowjetrußlands legt. Die internationalen Kapitalisten fassen alle Gläubiger Rußlands zusammen, die in jedem Fall, als Rußland Kredit suchte, zuerst auf die Anerkennung der Zarenschulden bestehen und Entschädigung für alle Enteignungen und Beschlagnahmungen verlangen, so daß praktisch alle 1917 enteigneten und hinausgeworfenen Kapitalisten wieder zu ihrem Besitz kommen sollen. Dazu knüpft unser Bruderorgan die Bemerkung: Die Anleihe- und Konzessionspolitik der heutigen Führer Sowjetrußlands war eine einzige Kapitulation vor dem Kapitalismus. Leider ist zu befürchten, daß dieser Kurs infolge der Kapitalknappheit verschärft fortgesetzt wird.

Mataja als Gast bei den Triestiner Faschisten.

„Sage mir, mit wem du gehst, und ich weiß, wer du bist.“ heißt ein altes Sprichwort. Mataja, der christlich-soziale Abgeordnete und gute Spezi Selpels, war am 2. Oktober, wie wir der „Arbeiter-Zeitung“ entnehmen, in Triest bei den Triestiner Faschisten. Bei seiner Abfahrt gaben ihm 50 Faschisten die Ehrenbegleitung. Daran können wir also erkennen, wer Mataja ist, welche Ziele seine Partei anstrebt.

Willkürliche Verzögerung der Untersuchung gegen Gen. Wagner und Tribul durch die Polizei.

Zur Stunde, da wir diese Zeilen schreiben, ist Genosse Wagner bereits 28 Tage in Untersuchungshaft. Wir wissen, daß die Untersuchung schon vor Wochenfrist hätte abgeschlossen sein können. Wenn diese noch nicht abgeschlossen ist, so liegt das an der Grazer Polizeidirektion, die zur Ausfertigung eines Aktes, der zur Abschließung der Untersuchung nötig ist, seit 10 Tagen keinen Finger gerührt hat.

Dr. Pillingner

hat die Erledigung des Aktes über. Entweder er verzögert die Abschließung des Aktes als einer der verbissensten Feinde der Arbeiterbewegung in der Grazer Polizeidirektion eigenmächtig oder er handelt im höheren Auftrag.

Gegen die Auslieferung des Gen. Wagner.

Einige Betriebsräte der Grazer Großbetriebe haben sich bei Gewerkschaft und S. P. dafür ausgesprochen, daß gegen den Auslieferungsantrag der Grazer Polizei aus prinzipiellen Gründen bei der Landesregierung Einspruch erhoben werden muß.

Mit 7 Kindern auf die Straße geworfen.

Der Arbeiter Karl Linacher, der 20 Jahre im Dienste der Voitsberger Papierfabrik Kranz stand, 25 Proz. Werksinvalid ist, wurde, nachdem der Direktorsohn der genannten Fabrik (Littl) das Werkshaus für seine Familie käuflich erworben hat, mit seinen 7 Kindern auf die Straße geworfen. So schätzen die Unternehmer, die den „Heimatschutz“ finanzieren, das Heim der Arbeiter. Bürgermeister Deutinger, anfast dem Arbeiter Linacher, der stets ein guter Sozialdemokrat war, eine Gemeindeförderung zu verschaffen, erklärte sich bereit, die Kosten zur Überführung Linachers nach seiner Heimatgemeinde Gams zu übernehmen. Dahinter steckt deutlich die Absicht, Linacher, der nun bald in Voitsberg das Heimatsrecht erlangt hätte, vorher noch loszuwerden. Es ist das eine Methode, die bei Arbeitern gerne praktiziert wird. Dafür aber machen sich in den Gemeindeführern die Palentkreuzler und Fahnen-schwänger bereit, z. B. die populär-germanische Größe Postmeister Mitterhammer. (Voitsberger Arb.-Korr.)

Heimwehrschwund in Weiz.

„Viel Geschrei und wenig Wolle“, sagte Hans Wurfl, als er das Schwein schort. Damit charakterisiert man am besten den am 28. v. M. in Weiz stattgefundenen Heimwehraufmarsch. Aus Graz waren 400 Mann mit Autos hinausgekommen und doch nahmen am ganzen Aufmarsch nicht mehr als 750 Personen teil. Beflaggt hatte die Bevölkerung an keiner einzigen Stelle. Das zeigt, daß den Bauern schon ein Licht aufgeht.

Die Seipel-Amnestie.

Selbstbetrug und Anfluten der „Roten Fahne“.

Auf Antrag des Abgeordneten Auferlich im Justizauschuß, den Stichtag der Amnestie (zu 10-Jahrfeier der Bourgeois-Republik) vom 15. September auf den 18. Oktober zu verlegen, wurde mit den Stimmen aller Parteien angenommen. Somit wird die Amnestie auch Anwendung auf die eingekerkerten Linken Kommunisten, Kommunisten und revolutionäre Sozialdemokraten finden.

Warum gibt die Bourgeoisie uns „Hochverräter“ frei? Die „Rote Fahne“ meint dazu (27. X.) „Die Regierung ist nun der sehr unangenehmen Pflicht enthoben, das Beweismaterial für den angeblichen Hochverrat vorzulegen.“

Es wäre jedoch verfehlt, anzunehmen, daß die „Gnadenbereitschaft“ der Regierungsparteien bloß von solchen Erwägungen oder ausschlaggebend von ihnen diktiert worden war. Der mächtige Protest der Wiener Arbeiterklasse, der in einer großen Zahl von Massenkundgebungen zum Ausdruck kam, war für eine Ausdehnung der Amnestie auf unsere verhafteten Genossen weit aus entscheidender, als die überzeugenden Darlegungen des Abgeordneten Auferlich und als das schlechte Gewissen der Regierung. Die Befreiung der vierzehn eingekerkerten Genossen ist ein Werk der revolutionären Arbeiterschaft.“

Stimmt das? Hat der revolutionäre Massenruch der Klassenjustiz die Opfer entrißen? Nur ein Narr oder Demagog vermag solche Behauptungen aufzustellen. Man muß es offen sagen: ein wirklicher, auch nur nennenswerter Massenruch bestand überhaupt nicht. Interessiert, aber passiv sah die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse dem Schauspiel des kommenden Hochverratsprozesses entgegen.

Warum aber amnestierte dann die Bourgeoisie? Woher die Eintracht aller Parteien in dieser Frage im Justizauschuß?

Die Sozialdemokratie trat für die Ausdehnung der Amnestie auf die Kommunisten ein, weil sie die aufwühlende Wirkung eines großen Kommunistenprozesses zu fürchten hatte, gerade jetzt, wo sie in der raffiniertesten Form den Rückzug durchführt.

Die Bourgeoisie hatte aber kein Interesse daran, die Sozialdemokratie, die jetzt schwer zu kämpfen hat, um die Massen geschlossen zum Rückzug zu „mobilisieren“, durch die Aufrollung eines Kommunistenprozesses zu schwächen. Denn wehe der Bourgeoisie — und das weiß sie am besten — wenn die S. P. einmal die Führung über die Massen (und zwar nicht nur auf 24 Stunden!) verliert! Und Prozesse haben, wie Schattendorf zeigte, auf die österreichische Arbeiterklasse bereits öfters nachhaltig eingewirkt.

So ergab sich die Einheitslichkeit im Justizauschuß nicht, obgleich sich die Klassenkämpfe und die

Gegensätze zwischen Regierung und Sozialdemokratie verschärfen, sondern gerade deswegen. Dazu kommt auch, daß die Bourgeoisie die Kommunisten am 7. Oktober alles eher denn fürchten gelernt hat. Sie, die die Politik dieser opportunistischen Jämmerlinge nicht fürchtet, mußte aber die zündende Gewalt der kommunistischen Idee — selbst in der verzerrten Form aus Kopleniks und Zieglers Mund — vor den Schranken des Gerichtshofes fürchten. Sie fürchtete auch nicht uns linke Kommunisten. Dazu sind wir noch zu schwach. Nein, Genossen, wir haben euch nicht den Fängen der Klassenjustiz entlassen! Die Bourgeoisie gab euch frei, wegen der Idee, die sie fürchtet, nicht aber wegen des „revolutionären Massendruckes“, der nicht existierte. Indem wir mit aller Schärfe die selbstbetrügerischen Märchen und Illusionen der „Roten Fahne“ ablehnen, schaffen wir erst die Voraussetzung für eine Zeit, in der die Bourgeoisie uns fürchten lernen wird.

Für wie dumme die Fahnenchwänger die Arbeiter halten.

Das Voitsberger Wochenblatt, das hinter jeden Gestein herumspinnern muß, um Material für seine Spalten zu finden, wird nun durch die Heimwehr dieser Gundearbeit ziemlich entkoben. Wir lesen wieder einen Artikel, in dem sich ein Fahnenchwängertintenkuli tüchtig ausgegast hat, in der Hoffnung, die Arbeiter fördern zu können, indem z. B. die hohen Bezüge der S. P. Spitzfunktionäre genannt werden. Wenn ein Jagakundensekretär Smolana darüber schreibt, so weiß aber ein jeder Prolet, daß der Kerl für Geld auch überall zu haben ist und jeder denkt sich: halt nur du das Maul, hast selber Butter am Kopf.

Zum Kochen kommen die Arbeiter, wenn der Mühlenbesitzer Kaspar, der Apotheker Wölfling, Hindral, der Antreiber vom Baraber Rogel, e tuti quanti von der Befreiung des Arbeiters vom „roten Terror“ sprechen. U. a. wurde die große Wohnung des sozialdemokratischen Wjebstügermeisters Emmerling kritisiert. Aber „Schicksal, du bist umbarmherzig.“ Auf diesen Sieb gegen die S. P. kam jaft der steirische Schloßbesitzer Rüttler als Heimwehrmann zu Wort, der so viel leere Räume in seinem Schloß hat, daß darin alle Wohnungssuchenden von Voitsberg Platz hätten. Auch sonst darf die Heimwehr über den Aufwand der sozialdemokratischen Spitzfunktionäre das Maul nicht reißen, denn soeben ist Steidle, der Bundesführer der Heimwehr, an der französischen Riviera, wo ihm der Aufenthalt für einen Tag mehr kostet, als ein Vergarbeiter im Monat verdient.

In der S. P. stinkt es an vielen Ecken, sie ist keine Arbeiterpartei mehr. Kleinbürger führen sie, Kleinbürger machen sich in ihr breit, deswegen werden die Arbeiter aber nicht vom Regen in die Traufe gehen. Den Weg, den sie letzten Endes gehen werden, ist der Weg zum Kommunismus, den Lenin und Trotzky ihnen gezeigt haben.

Nationalratwahlen in der Schweiz.

Die Sozialdemokratie ist mit 22.000 Stimmen als zweitstärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangen. An Mandaten wird sie im neuen Nationalrat 50 innehaben.

Die ganze Auflage

des „Mahnrufes“ wurde, wie allen bekannt, vor dem 7. Oktober beschlagnahmt. Unsere Verfolger rechneten, daß der „Mahnruf“ nach der Beschlagnahme wegen des großen Schadens (276 S) nicht mehr erscheinen kann. Nun ersuchen wir alle,

für die beschlagnahmte Nr. 10

je nach Möglichkeit Überzahlungen beim Bezugspreis zu leisten, wir werden diese unter der Rubrik

„Allen Verfolgungen zum Trotz!“ laufend ausweisen.

Hundsgemeine Behandlung der Grazer Bäckerinvaliden durch Konsumdirektor Korb.

1912, die Bäckerinvaliden helfen den Konsumverein in der Not! 1928, Konsumdirektor Korb hat für die kochleidenden Bäckerinvaliden keine Zeit.

Man berichtet uns: Im Jahre 1912 war der Konsumverein finanziell in mißlichen Verhältnissen. An die Arbeiter erging der Appell zu Stützungskaktionen. Damals haben die Bäckerinvaliden

12.000 K aus ihrer Invalidenkasse.

die von den freigewerkschaftlich organisierten Bäckergehilfen errichtet wurde, dem Konsum leihweise übergeben. Es war das eine Solidaritätshilfe organisierter Arbeiter an eine Arbeiterorganisation.

Nun ist die Unterstützungskasse der Bäckerinvaliden in finanzieller Bedrängnis. 19 alte Bäckerinvaliden sind zu unterstützen und die Mittel werden von Jahr zu Jahr knapper. Jetzt gehen die 12.000 K ab, die 1912 dem Konsumverein geliehen wurden. Durch die Geldentwertung ist vom bürgerlichen Rechtsstandpunkt das Geld aber verloren.

Der Ausschuß der Bäckergehilfen richtete vor Jahresfrist an die Direktion des Konsumvereines ein Schreiben, worin er die Not der alten Bäckerinvaliden schilderte und der Direktion nahelegte, wenn schon keine Aufwertung der 12.000 K erfolge, so doch in irgend einer Form, die zu besprechen sei, den Bäckerinvaliden ebenso zu helfen, wie diese vor 16 Jahren dem Konsum gegenüber geholfen haben.

Das Schreiben blieb unbeantwortet, ebenso ein zweites, das vor 6 Monaten abgeschickt wurde.

Nun machte sich vor kurzem eine Deputation, geführt von dem 70 Jahre alten Bäckerinvaliden Bichler, auf den Weg zum Konsumvereinsdirektor Korb. Der Empfang fiel anders aus als vor 16 Jahren, da die 12.000 K gebracht wurden. Im herrischen Ton, prozogenhaft in der Faltung den alten Arbeitern gegenüber, antwortete Korb:

„Für eine Aussprache über diese Angelegenheit habe ich keine Zeit, da könnte dann ein jeder kommen.“

Die Deputation wurde abgewimmelt wie von einem Unternehmer. Erbitterung herrscht unter den Bäckerinvaliden, empört sind auch die Bäckergehilfen. Ein solches Verhalten wurde nicht erwartet, es wird allgemein verurteilt.

Konsumdirektor Korb bestätigt in seinem Verhalten, was wir stets den Arbeitern sagen: Die S. P. gleitet ab zum Kleinbürgertum. Korb ist ein Typus dafür. Und diese Kleinbürger ebnet der Reaktion den Boden, denn sie untergraben das Vertrauen der Arbeiter zu allen Einrichtungen des Proletariats. Ihre Bekämpfung ist deshalb oberste Pflicht aller Klassenbewußten Arbeiter.

Während das Volk hungert.

Die Ausgaben für die Polizei haben im Jahre 1927 58 Mill. Schilling betragen. 44-6 Mill. hat das Parlament bewilligt, 8-4 Mill. wurden ohne Wissen des Parlaments genommen.

250.000 Arbeiter ausgesperrt.

Die Rhein- und Ruhrindustrie haben mit der Aussperrung ihrer Arbeiterschaft begonnen. Nichtanerkennung eines im Lohnkampf vom Schiedsgericht gefällten Schiedspruches seitens der Unternehmer war der Grund.

Wieder ein Todesopfer der Alpine.

Von einstürzenden Felssteinsmassen wurde der Bergarbeiter Biffal im Annafacht (Seegraben) verschüttet. Er hinterläßt eine Frau und zwei Kinder.

Geld bringt —

immer neue Lasten! Otto Bauer hat in der Budgetdebatte ausgerechnet, daß die Zölle und der Warenumsatz jeden Bewohner Österreichs jährlich S 73-08 aus der Tasche fohlen. Zieht man in Betracht, daß einige Zehntausend überhaupt nicht arbeiten, sondern nur von der Ausbeutung leben, so ist es einleuchtend, daß für die Parasiten diese Lasten von den Werttätigen mitgetragen werden. Also den werttätigen Arbeitsmann noch drückender belasten als es Bauer anführt. Und immer weiter wird der Steuerdruck hinaufgespraut. Erst vor einigen Tagen haben die Christlichsozialen im Parlament wieder beantragt, den Zuckergoll von 10 auf 12 Goldkronen zu erhöhen, damit die Einfuhr des billigeren Auslandzuckers unterbunden wird.

Ein Arbeiterkaffeehaus in der Brigittenau von Faschisten überfallen.

In der Nacht von Samstag auf Sonntag wurde auf ein Kaffeehaus in der Brigittenau (im 20. Bezirk von Wien) ein plötzlicher Überfall durchgeführt. Die Lumpen kamen in Autos um Mitternacht angefahren und eröffneten ein Steinbombardement auf das Kaffeehaus. Mehrere Personen wurden verletzt. Das sind die Folgen der „Besonnenheit“ und „Ruhe“.

Polizeischikanen gegen unsere Genossen

Wegen Nichtanmeldung des Gen. R. Landau, der während seines Grazer Aufenthaltes zwei Tage bei Gen. Wagner Franz übernachtete, wurde dieser zu 10 Schill. Geldstrafe oder 48 Stunden Arrest verurteilt. Eine Genossin, die Stürzer für so blöde hält, sie einschüchtern zu können, wird schon mehrmals zur Polizei zitiert und jedesmal ohne eigentlichen Grund. Stürzer drohte ihr bei einer solchen willkürlichen Vorladung, dafür zu sorgen, daß ihr die Arbeitslosenunterstützung entzogen wird. Vielleicht spielt auch die Zugehörigkeit der Genossin zur freigewerkschaftlichen Organisation der Gast- und Kaffeehausangestellten zu ihren Schikanierungen eine Rolle, denn die Polizeidirektion und Stürzer als Wälzkapo sind auf die Organisation der Gast- und Kaffeehausangestellten schlecht zu sprechen, weil diese das Flugblatt „Ungehörte Uebergriffe der Wachbeamten“ herausgegeben hat. Man laßt aber die Einsicht der Polizei, die der Hoffnung ist, durch solche Methoden unseren Genossen und Genossinnen das Kniegeschlottern beizubringen.

Eigenartiges „Recht“.

Im Juli dieses Jahres berichteten wir, daß der Mieter Pendl, Sigmundstadt 20, vom Sohn des Hausherrn Ganzer, der zu den brutalsten Mieterchikanierern zählt, mit einem glühenden Wägelchen überfallen wurde. In der Notwehr, während der Mieter Pendl dem Hausherrnsohn das glühende Eisen entriß, erhielt letzterer einige Brandwunden. Am 26. v. fand nun vor einem Schöffensenat unter dem Vorsitz des OGBR. Röger die Verhandlung statt, wobei ein eigenartiger „Rechtspruch“ erfolgte. Der überfallene Mieter Pendl wurde zu 3 Monaten schweren Kerker verurteilt. Eine sehr auffallende Sympathieuntergebung eines Richters für Hausherrn! Der Verurteilte hat rekuriert.

Arbeiter! Ihr gebt uns Recht. Ihr begrüßt das Bestehen des „Mahnrufes“. Traut aber auch dazu bei, daß er weiter existieren kann, indem ihr selbst regelmäßig Abnehmer, Abonnenten werdet, und neue Abnehmer gewinnt.

11 Jahre nach dem roten Oktober.

Die russische Revolution vor der Stappe des Thermidors.

11 Jahre sind vergangen, seit die bolschewistische Partei an der Spitze des Proletariats, getragen und beflügelt vom Vertrauen der Millionenmasse der arbeitenden Bauern, die Herrschaft des Proletariats, seine Diktatur proklamierte. Aus den Erfahrungen der russischen Revolution zu lernen, das ist die wichtigste Aufgabe der Kommunisten in Europa. Nicht in rauschender, prunkvoller Festen der Vergangenheit gedenken, sondern heute, im Zeichen des wiedererflakten Kapitalismus, die Lehren der Oktoberrevolution zu ziehen, einen revolutionären Damm der träben Flut von Lausheit, Pessimismus, von Skeptik und Opportunismus in den Reihen der Kommunisten entgegenzusetzen — das ist unsere Pflicht.

Am Vorabend der Oktoberrevolution.

In den Jahren 1905—06 bis in die Kriegsjahre hinein suchten die Bolschewiki unter der Losung „Aufsrichtung einer revolutionären, demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern“. Die Bolschewiki, mit Lenin an der Spitze, waren sich bewußt, daß die isolierte russische Arbeiterklasse in dem rückständigen Rußland keine reine Herrschaft des Proletariats verwirklichen könne und sie konzentrierten daher die Arbeiterklasse darauf, die bürgerlich-bäuerliche Revolution weiterzutreiben und in ihr die Hegemonie (Vorherrschaft) des Proletariats zu verwirklichen.

Der Weltkrieg änderte die internationale Situation von Grund aus. Das Problem der proletarischen Revolution wurde auf die Tagesordnung der europäischen Arbeiterbewegung gesetzt. Nunmehr war klar, daß die

revolutionäre Bewegung in Rußland nur die Vorhut der internationalen, proletarischen Revolution sein werde.

Die bolschewistische Partei zog daraus die Konsequenz. Auf der Aprilkonferenz (1917) in Petersburg entwickelte Lenin die neue strategische Linie, die Linie der proletarischen Revolution, der Diktatur des Proletariats.

Und hier in der Frage — Hegemonie des Proletariats in der bürgerlichen Revolution oder proletarische Revolution, Aufsrichtung der Diktatur — zeigten sich bereits jene ideologischen Gruppierungen innerhalb der Partei, die in der Zukunft bedeutungsvoll werden sollten.

Ein großer Teil der Partei, geführt von Rykow, Kamenev, Sinowjew usw., begriffen einfach nicht die grundlegenden Veränderungen, die der Weltkrieg für die Strategie des russischen Proletariats nach sich ziehen mußte. Sie hatten die entscheidende Bedeutung der Entwicklung des Kapitalismus zum monopolistischen, kriegerischen Imperialismus, zu einer Ära der Kriege und Revolutionen, nicht erfaßt. Am Vorabend der Oktoberrevolution rebellierte dieser kleinbürgerliche Flügel gegen die „balkunistische Abenteuerpolitik Lenins und Trozky's“, nach der Ergreifung der Macht legten sie ihre Funktionen zurück und forderten die Ersetzung der Diktatur des Proletariats durch ein kleinbürgerliches Koalitionsregime. Erst das Erstarren der Diktatur, die Niederwerfung des Kerenski'schen Widerstandes, ließ die Liquidatoren verstummen. Aber sie verstummen nur —

„Kriegskommunismus“ — Bürgerkrieg — Weltrevolution.

Wenn man heute die erste Stappe der russischen Revolution bis zur Nep als „Kriegskommunismus“ bezeichnet, so stimmt das nicht. Es waren die Ansätze zu einer kommunistischen Gesellschaft, deren konkrete Form durch den Krieg und Bürgerkrieg bestimmt wurde, die aber im Prinzip nicht als Übergangsmassnahmen, sondern als Keimzellen der kommunistischen Gesellschaft gedacht waren.

Die Interventionskriege der Entente und die Rebellion der Mächte der Vergangenheit bestimmten

in den Jahren 1918—21 die ganze Politik der Sowjets. Die Elite der Arbeiterklasse, die Elite der Partei war in den Roten Garben, den Partisanenabteilungen, später in der Roten Armee. Aber während unter Trozky's Führung mit dem Sturm auf Kasan der glänzende militärische Siegeszug der Roten Armee begann, vererbte in Europa die revolutionäre Welle, zerbrachen die Spartakisten an den waffenstarrenden Wällen der bürgerlichen Republik. Im Blute der deutschen Revolution errichtete die Sozialdemokratie die Rote-Republik. Es zerbrach die ungarische Revolution an dem Verrat der Sozialdemokratie, an dem elenden Opportunismus ihrer Führer, wie Bela Kun, Fogany-Bepper usw. In Italien verfesteten die schwankenden Maximalisten ebenso gründlich, wenn auch mit anderen Mitteln, die revolutionäre Massenbewegung, wie die Reformisten in Deutschland, Finnland, Ungarn usw.

Die erste Welle der Weltrevolution, für die alle objektiven Voraussetzungen überreif vorhanden waren, zerbrach an der letzten Reserve der Bourgeoisie: an ihren sozialdemokratischen Armeen.

Sieger im Krieg und Bürgerkrieg, aber verlassenen vom Weltproletariat, vermochte das russische Proletariat nicht, alle eroberten Positionen zu halten.

Die Bauernunruhen waren deutliche Signale. Unter der Führung Lenins trat die Partei mit der Nep, den notwendigen Rückzug an.

Die neue ökonomische Politik (Nep). Ihr Charakter und die Aufgaben des Proletariats.

Was war die Nep? Heute versuchen die Theoretiker des Stalinismus, die Nep als eine „Umgruppierung“ der Kräfte hinzustellen und leugnen ihren Rückzugscharakter. Nach Lenin war die Nep der „Rückzug“ zum Staatskapitalismus im proletarischen Staat, zu einem „eigenartigen“ Staatskapitalismus, wie Lenin sagte, weil er „dem proletarischen Staat unterstellt sei“.

Die Nep war notwendig, da „die industrielle Basis in unserem Lande nicht stark genug ist . . . weil die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung in unserem Lande aus Bauern besteht und . . . wir uns ohne die Bauernmassen, ohne ein gutes Verhältnis zu ihnen nicht hätten halten können — besonders bei der eingetretenen Verzögerung der Weltrevolution“. (Lenin.)

Die Nep gibt durch die Freigabe des Innenhandels, durch die Konzessionen an ausländische Unternehmer usw. die Möglichkeit zur Herausbildung eines neuen Kapitalismus.

In 25 Millionen Bauernwirtschaften wird nach privatkapitalistischen Methoden gearbeitet, zahllose Händler, Spekulanten usw. bereichern sich täglich beim Ein- und Verkauf von Waren; ausländische Unternehmer beschäftigen Tausende russische Arbeiter und bereichern sich am produzierten Mehrwert, in zahllosen gemischten Gesellschaften vereinigt sich ausländisches Privatkapital mit russischem Staatskapital, mit einem Wort: in zahllosen Kanälen entwickelt sich das kapitalistische Element.

Die Aufgabe des proletarischen Staates besteht nun darin, durch seine gesamte Politik, von der Steuer, Kredit, Genossenschafts- bis zur Konzessionspolitik, diesen Prozeß kapitalistischer Profitbildung zu kontrollieren und einen möglichst großen Teil durch Steuern, Abgaben usw. zu erfassen, um mit diesen Mitteln planmäßig die Basis des Proletariats, die verstaatlichte Industrie, die Genossenschaften, das staatliche Transport- und Elektrizitätswesen zu erweitern.

Je kraftvoller der Staat die kapitalistische Profitbildung beschneidet, umso schneller entwickelt sich das sozialistische Element in der Wirtschaft, die Staatsindustrie usw. Je billiger die entwickelte Staatsindustrie produziert, je mehr Industriewaren dem Bauern gegen seine Rohprodukte gegeben werden können, je nachhaltiger der arme und mittlere Bauer durch Kredite gefördert, durch Genossenschaften vom

Zwischenhandel befreit werden kann, desto inniger der Zusammenschluß zwischen Proletariat und Mittelbauern, desto geringer die Gefahr, daß ein ökonomisch-alleinmächtiger Kulak seine Wirtschaftsmacht in politischen Druck auf das schwächere Mittelbauertum umsetzen kann.

Letzten Endes wird der Sieg der beiden Faktoren — sozialistisches und kapitalistisches Element — in der Arena der Weltrevolution entschieden.

Aber bis dahin heißt es eben den elementaren Prozeß kapitalistischer Akkumulation zu regeln, kontrollieren und zu drosseln.

Diese Aufgaben stellen an den Staatsapparat ungeheure Anforderungen.

Nur ein Staatsapparat, der nach dem Taps der Sowjetdemokratie organisiert ist, dessen Lebensnerv die schöpferische Initiative, Energie und Kontrolle der arbeitenden Masse selbst ist, vermag diesen Kampf zu führen.

Daher war es Lenin, der unmittelbar nach der Einführung der Nep der Frage der Reorganisation des Staatsapparates, der in der Bürgerkriegstappe aus Mangel an Arbeitern sehr stark von kleinbürgerlichen Elementen durchsetzt und bürokratisiert wurde, das allergrößte Augenmerk zuwendete.

Partei und Staatsapparat.

Das bürokratisch-kleinbürgerliche Element im Staatsapparat beseitigen, die Arbeiterdemokratie im Sowjet, im Betrieb und in der Gewerkschaft zu entwickeln, das vermag nur eine wahrhaft bolschewistische Partei. Aber in die Partei selbst waren nach dem roten Oktober hunderttausende neue Mitglieder eingetreten, darunter zehntausende ehemalige Sozialrevolutionäre, Menschewiki usw. Der Bürgerkrieg hatte die Elite der Partei an die Front gerufen, hatte sie dezimiert. Das spezifische Gewicht der alten Garde in dem Meer der jungen Parteimitglieder war sehr gering.

So wie der rote Oktober die Zerlegung eines Teils der bolschewistischen Spitze (Rykow, Kamenev usw.) zeigte, so zeigte es sich angefaßt der ungeheuren Aufgaben, die die Nep an die Partei stellte, daß ein Teil der Partei dem Druck der kapitalistischen Elemente im Lande nachzugeben begann.

Statt die Kleinbürgerlichkeit und Verbürokratisierung im Staatsapparat zu bekämpfen, eröffnete der kleinbürgerlich-opportunistische Flügel der Partei nach Lenins Tod offen den Kampf gegen den revolutionären, proletarischen Flügel der Partei, gegen die von Trozky, Kadel, Rakowickj geführte Moskauer Opposition (1923.)

Die Kämpfe in der Partei — das Spiegelbild des Klassenkampfes im Lande.

Ohne entschiedene Abwehr der Staatsgewalt entwickelte der Kulak in den Jahren 23—28 seine Macht im Dorf. Er bereicherte sich nicht nur. Er bringt mit Wucher- und feudalen Ausbeutertücken den armen Bauer dazu, daß er sich „freiwillig“ ihm ausliefert. Er erweist sich im Dorf mächtiger, als der Sowjet, und bringt durch seine reale Macht den Mittelbauern in seine Gefolgschaft. Er durchbricht die Pach-Gesetze, er diktiert die Arbeitszeit, er drückt direkt und indirekt auf den Sowjet, in dem er als Ausbeuter nicht wählen kann. Und die kleinbürgerlichen Elemente im Staatsapparat, erweisen sich als seine Verbündete, in dem sie offen oder verheimlicht, zögernd oder freudig, seine Steuer und sonstigen Wünsche erfüllen.

Parallel damit wächst das Spekulantentum, gefördert und gebuldet von den „Wirtschaftsplanern“. Es wächst die Selbstherrlichkeit der Betriebsleitungen, es wachsen die Ideologien, die den geistigen Überbau zu diesen ökonomischen Tatsachen bilden, ein gewisser Nationalismus, der in den Produzenten einen nationalen Chauvinismus provoziert. (Ukraine!) Antijemismus an den Hochschulen; religiöses Seklterentum steht hoch im Kurs.

Die Arbeiterklasse hat in drei großen Bewegungen versucht, die Partei auf den Weg des Klassen-

Kampfes der Leninischen Lehren zurückzuführen. Der erste Ansturm 1923/24 die Offensiv der Moskauer Arbeiter, die gegen den „rasenden Parteibürokratismus“ ankämpften, wurde niedergeschlagen. Aber kaum ein Jahr später mußten die, die aus ehelicher Überzeugung die Verwirklichung der Moskauer Opposition gefordert hatten, die Richtigkeit der Forderungen der Moskauer Opposition erkennen: der Sturm der Denikinader begann (1925). Auch dieser Sturm wurde niedergeschlagen. Aber noch ein drittes Mal erhob sich die, nunmehr vereinigte Opposition, und verlegte den Kampf gegen die arbeitserfindlichen Methoden des Stalin-Regimes, gegen seine Liquidatorischen Theorien, gegen seine abenteuerhaften und verräterischen internationale Politik (China, England) in die Betriebe. Mit den Mitteln der Staatsgewalt wurde die Opposition mundtot gemacht, mit den Mitteln der Staatsgewalt, des Hungers, des Terrors, der Kerkere und Verbannung richtete das kleinbürgerliche Stalin-Regime seine Willkürherrschaft auf, indem es die Fundamente der proletarischen Diktatur zu erschüttern begann. Objektiv war es damit zum Vollstrecker der politischen Ziele der herangewachsenen bürgerlichen Elemente geworden.

In der Stappe des Thermidor.

Im ersten Jahre der proletarischen Herrschaft, kann die Diktatur des Proletariats nur mehr als „im Zustand der Liquidierung“ bezeichnet werden. Im Juli 1928 hat das Stalin-Regime vor den Kulaken kapituliert. Im September hat es den Kellogg-Pakt abgeschlossen und damit die Vorbereitung zum Bündnis mit Amerika getroffen. Im Oktober beginnt die Auslieferung staatlicher und kommunaler Betriebe an das Auslandskapital. Die Rep wird so erweitert, daß die Quantität der Konfessionen in eine neue Qualität umschlägt.

An allen Punkten der Klassenfront beginnen nun die offenen Vertreter bürgerlicher Tendenz in der Partei die Offensiv. Sie fordern die Aufhebung des Außenhandelsmonopols, Schluß mit der Industrialisierungspolitik, Aufhebung aller Beschränkungen, die das Wachstum des Kulaken hemmen. „Unter dem unvermeidlichen Druck der kleinbürgerlichen Elemente, die trotz des Wachstums des vergesellschafteten Elements immer noch eine große Kraft in unserem Lande sind, haben ein: „Ine Glieder der Parteiorganisation die klare Klassenstellung verloren.“ stellt das Zentralkomitee der Kommun. Partei Russlands in seinem Oktober-Manifest an die Moskauer Organisation, in der die Rechten besonders stark sind, selbst fest. Was diese rechte Gefahr klassenmäßig bedeutet, das sagt Trotzky in seinem Memorandum an den 6. Weltkongress mit zwingender Klarheit: „Was bedeutet in der gegenwärtigen Periode die rechte Gefahr? Das ist nicht so sehr eine Gefahr der offenen, vollen, bürgerlichen Konterrevolution, wie die Gefahr des Thermidor, d. h. also eines solchen teilweisen konterrevolutionären Umsturzes oder Schwankung, welcher sich gerade wegen seiner Unvollständigkeit noch lange Zeit hindurch durch äußerliche revolutionäre Formen decken kann, der aber seinem ganzen Wesen nach schon einen entscheidenden bürgerlichen Charakter tragen wird.“ Wer den „Mahruß“ seit einem Jahr verfolgt, wird überrascht sein von der fast wörtlichen Übereinstimmung unserer Auffassungen mit denen des Genossen Trotzky in der Frage des Thermidor.

Die schwankenden Opportunisten, die vor elf Jahren sich der Ausrichtung der proletarischen Diktatur entgegenstellten, die Defektoren der Revolution, die unmittelbar nach der Machtübernahme die Liquidierung der Diktatur verlangten, die kleinbürgerlichen Demokraten innerhalb der Partei, die Kprow-Gruppe, sie sind es, die heute 11 Jahre nach der Oktoberrevolution, mit aller Kraft die allmähliche Liquidierung der proletarischen Diktatur betreiben. Sie sind es, die die halbsozialdemokratischen Zentrifugen des Stalin-Regimes immer weiter auf die schiefe Ebene des Thermidor drängen. Die ersten drei

An alle Abonnenten!

Nr. 46, des „Mahrußes“ erscheint wegen der zwei Feiertage, 11. d 12. November, ausnahmweise statt am 12. schon am 10. Nov.

Die Verwaltung.

Wellen der proletarischen Gegenwehr, der leninistischen Opposition, konnten niedergedrungen werden. Aber die Opposition konnte ebensowenig beseitigt werden, wie der Klassenkampf selbst, der sie immer und immer wieder hervorbringt als politischen Ausdruck des proletarischen Klassenbewußtseins. In den Fabriken, auf den Arbeitsbörsen, in den Häften der Landarbeiter und Dorfarnut reißt sie heran: die neue große Welle der Opposition, die organisierte Abwehr des Proletariats gegen die Liquidatoren und Thermidorianer. Und ihre Führer? Es sind die alten Helden der Oktoberrevolution, die alte Leninische Garde. Trotzky, Nabel, Rakowski, Smirnow, Smilga und viele andere.

Sie, die heute in der sibirischen Verbannung ungedrungen und unermüdet den Kampf für die Weltrevolution weiterführen, sind es, denen das Weltproletariat am 11. Jahrestag der Oktoberrevolution seine brüderlichen Grüße sendet.

Verchiedenes

Streikende erschossen. Auf einem polnischen Strafgefangenen Gutshaus mit Gewalt streikende Feldarbeiter. Diese setzten sich gegen die Delogierung zur Wehr, worauf die Gutshausbesitzer und Gendarmerie in sie hineinschossen. 3 Arbeiter wurden getötet.

Wahlen bei den klagensfurter Straßenbahner. Die freie Gewerkschaft erhielt 93 Stimmen, die Gelben 23.

Wozu die Rot Arbeiter treibt. Ein englischer Bergarbeiter, der seit 2 Jahren arbeitslos ist, mit Frau und Kind hungert, schrieb an eine englische Zeitung, er biete seinen Körper zu Versuchsimpfungen jeder Art, Typhus, Malaria, Krebs usw. an, um sich mit seiner Familie wieder einmal sattessen zu können.

Ein großes Eisenbahnunglück ereignete sich in Rumänien. Bei Slatina floss der Simpron-Express mit einem aus Hermannstadt kommenden Schnellzug infolge falscher Weichenstellung zusammen. 31 Tote und 50 Schwerverletzte wurden in den Trümmern gefunden.

Vor einem großen Textilarbeiterkampf in Deutschland. Wie wir dem „Volkswillen“ entnehmen, haben die Textilunternehmerverbände von West- und Ostschlesien die Kündigung der Lohnsätze ausgeprochen. 400.000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen kommen dabei in Frage.

Die Venleapest wütet in 20 chinesischen Städten der Provinz Schansi. Bisher sind 1000 Todesfälle zu verzeichnen.

Der Lodzer Generalstreik ist nach heldenmütigen Kämpfe durch den Polizeiterror und durch den Verrat der reformistischen Führer abgewirgt worden.

Terrorjustiz in Litauen. Zwei Sozialdemokraten wurden vom litauischen Kriegsgericht in Ujians zu 20 und 4 Jahren Zuchthaus wegen Verbreitung von Flugblättern, die zum Sturz der Woldemaras Diktatur aufforderten, verurteilt.

Donnerstag, 15. Nov., 8 Uhr nachm., Landwirtsaal (Griesgasse)

Öffentliche Arbeitslosen-Versammlung.

Thema: „Wie nur können wir eine Verbesserung unserer Lage erreichen?“ Ref. Gen. Pfeiff.

Humoristisches

Sauberkeit.

Ein Abgeordneter der Rechten trifft einen Abgeordneten der Linken im Toilettenraum des Parlaments. Der letztere wäscht sich die Hände, was dem Rechten Anlaß zu der häßlichen Frage gibt:

„Na, Herr Kollege, schon wieder schmutzig gemacht?“

Der Linke: „Wieso? Ich habe Sie doch gar nicht angefaßt.“

(Arbeiter-Flüsterer.)

Im Eifer.

Richter: „Sie bestreiten entschieden, Ihrem Gegner eine Ohrfeige verlegt zu haben?“

Angelagter: „Ich hab' ihm ja Ohrfeige geben.“

Der Gegner (einwendend): „Lügen tut er.“

Angelagter: „Galt's Maul, du . . . sonst kriegt no eine.“

(Arbeiter-Flüsterer.)

Die „Roten Musikfreunde“

veranfallen am 10. November 1928 in den Sandwirtsälen, Griesgasse, ihre

Gründungsfeier.

Konzertvorträge des gesonten Streichorchesters unter Leitung ihres Kapellmeisters Krebs und Gesangsvorträge eines Arbeiterquartetts.

Alle Genossinnen, Genossen, Sympathisierende sind eingeladen, zahlreich zu erscheinen und viele Gäste mitzubringen!

Die Einnahmen (40 Proz. beschlagnahmt die Gemeinde als Luftbarkeitssteuer) werden zum Ausbau der Kapelle der „Roten Musikfreunde“ und zur Gründung einer Vierschapel verwendet.

Karten im Vorverkauf 50 g, an der Kasse 70 g (inkl. Steuer). Diese sind zu haben bei allen Mitgliedern der „Roten Musikfreunde“ sowie in der Verwaltung des „Mahrußes“.

Beginn 7 Uhr.

Ende früh.

Die „Roten Musikfreunde“.

Parteinachrichten

Graz.

Mittwoch, 7. November 1928, Elisabethengasse 20

Mitgliederzusammenkunft

Abchluß der Diskussion über die Gefahren des 7. Oktober. Eigene Einladungen ergehen nicht.

Wien.

Zentraler Diskussionsabend jeden Dienstag, halb 8 Uhr, Gasthaus Wödel, 17. Bez., Spornmayergasse 48 (Ede. Schumanngasse).

Volksberg.

Jeden Samstag Gruppenabend in Stadlers Gasthaus Sympathisierende dazu eingeladen.

Breßlau.

Kapper S. - 60, Berger 1- - , Steifer 1-0, Reiz H. 1- - , Krüßahl 1-70, Wandl R. - 60, Groch 1-50, Kadyfösch 1-86, Rager A. - 26, R. N. 27, Suber 10- - , Trummer H. - 28, Schärner - 42, Warbold 1-20, Horwathisch - 62, Böß 40, Hohl - 52, Lasser - 60, Weiz - 61, R. N. 1-31, Finanz 3-46, R. W. 1- - .

Fortsetzung des Artikels, „Frank, der schwarze Keller“ folgt wegen Platzmangel in nächster Nummer.

Bei Wohnungsänderungen

die neue Adresse mit Angabe der alten Adresse sofort immer bekanntgeben, damit im Bezug keine Unterbrechung eintritt. Untermieter müssen auch die Adresse ihres Hauptmieters angeben.